DD
119
S29

Zehn deutsche Reden

Herausgegeben von Axel Ripke

Dietrich Schäfer

Staat und Volk

Kurt Wolff Verlag / Leipzig
1915

Zehn deutsche Reden

Herausgegeben von

Axel Ripke

Leipzig
Kurt Wolff Verlag
1915

Staat und Volk

Von

Dietrich Schäfer

Leipzig
Kurt Wolff Verlag
1915

DD
119
.529

Copyright 1915 by Kurt Wolff Verlag, Leipzig.
Gedruckt in der Spamerſchen Buchdruckerei in Leipzig.

JAN 19 1945

Staat und Volk

Von Dietrich Schäfer

Staat und Volk! Wer fühlt, wer erkennt nicht ihren Zusammenhang? Ist er nicht unvermeidlich, naturnotwendig? Unseren Vorstellungen erscheint es so. Und doch hat dieser Zusammenhang eine wechselvolle Geschichte. Insbesondere unser eigenes Volk hat lange gebraucht, bis es sich zum Naturnotwendigen durchrang, und es ist noch nicht einmal dasjenige, welches am wenigsten Erfolg gehabt hat in dem Streben, das Natürliche zu erreichen.

Unendlich viel ist, nicht nur im Lauf der Jahrhunderte, sondern der Jahrtausende, über den Staat gedacht, geschrieben worden, und unendlich weit gehen die Meinungen aus einander über seinen Ursprung, sein Wesen und seinen Zweck. Für die „Lehre vom Staat" bedeutet das viel, für das staatliche Handeln wenig. Denn noch hat es der am wirkungsvollsten vollzogen, der den Staat nahm, wie er vorhanden war, der die Summe der realen Kräfte handhabte, die in ihm zur Entfaltung gebracht werden konnte, weniger sein Auge auf die Theorien richtete, auf die er begründet war oder denen er entsprechen sollte. Auch in diesen Zeilen soll der Staat gefaßt werden, wie er uns als Wirklichkeit entgegentritt, nicht, wie er mehr oder

weniger wohl durchdachten „Staatslehren" entspricht. Mit vollem Recht neigt die Gegenwart dieser Auffassung überhaupt zu; ihr ist der Staat eine durch gesetzliche Ordnung und völkerrechtliche Abmachungen vereinigte Machtfülle.

Der Begriff des „Volkes" ist weniger Gegenstand der Erörterung gewesen als der des Staates, war aber kaum weniger Meinungsverschiedenheiten unterworfen, besonders in neuerer und neuester Zeit. Es handelt sich dabei vor allem um die Frage, ob man ethnographische oder politische Zusammengehörigkeit als das Band ansieht, das zu einem Volke vereinigt. Die Wörter Volk und Nation werden bei uns bunt durcheinander gebraucht ohne eine feststehende Begriffsscheidung. Gerade wenn man nach einer solchen sucht, stößt man auf den engen Zusammenhang zwischen Staat und Volk, die sich gegenseitig gleichsam zur Voraussetzung haben und doch auch wieder gesondert in die Erscheinung treten. Man kommt immer wieder zu dem Ergebnis, daß von einer klaren und festen begrifflichen Sonderung nicht die Rede sein kann, daß in zahlreichen Einzelfällen die Geschichte ihres Rechtes waltet und den Bestand bestimmt. Sie herrscht über alle Theorie hinweg.

Aristoteles, einer der ältesten und zugleich der vornehmste aller Staatslehrer, erklärt nicht nur, daß der Mensch von Natur ein „politisches", ein staatlichen Zusammenlebens und Zusammenwirkens bedürftiges

Weſen ſei, ſondern auch, daß der Staat nicht erſt mit dem Menſchen entſtanden, ſondern von Natur früher ſei als jeder einzelne; der einzelne ſei überhaupt kein Menſch, ſofern er außerhalb des Staates ſtehe, die Zugehörigkeit zu einem Staate ſei ein notwendiges Erfordernis des Begriffes Menſch. Geſchichtliches Wiſſen kann dieſe Auffaſſung nur beſtätigen; es kennt keine ſtaatenloſen Menſchen.

Sicher denkt Ariſtoteles bei ſeinen Ausführungen an Staaten, die auf ethnographiſcher Zuſammengehörigkeit beruhen. Die erworbene Macht einzelner Herrſcher oder Völker hat aber früh über dieſe Grenze hinausgeführt. Bei nicht wenigen Staaten ſetzt unſere Kenntnis gerade mit dieſem Abſchnitt ihrer Entwicklung ein. Geſtützt auf ein Volk gewinnt und übt ein Gewaltiger Herrſchaft über mehrere, die von ſeinen Nachkommen länger oder kürzer behauptet wird, oder es vermag ein einzelnes Volk in loſerer Staatsform, ohne einheitliche, erbliche Leitung, die Herrſchaft über andere zu gewinnen. Das großartigſte Beiſpiel dieſer Art iſt die Begründung des Römiſchen Reichs, des gewaltigſten „Weltreichs“ des Altertums, in welches deſſen Geſchichte gleichſam ausläuft. Die unterworfenen Völker ſind dem herrſchenden nicht gleichberechtigt; nur die einzelnen, die ſich aus ihnen dem führenden Volke einfügen, können an deſſen Vorteilen teilnehmen. Die türkiſche Gewaltmonarchie hat dieſen Charakter bis auf die jüngſte Gegenwart bewahrt.

Von den Germanen kann man ſagen, daß ſie das nationale Prinzip wenigſtens zeitweiſe wieder zur Geltung gebracht haben. Jedenfalls traten ſie in dieſer Gliederung in die Geſchichte ein und wurden in ihr gegenüber dem römiſchen Weltreiche wirkſam. Sie haben ſie aber nicht lange aufrecht erhalten können. Die germaniſchen Staaten auf dem bis dahin römiſchen Boden ſind Schöpfungen von Führern, „Königen“, deren Würde ſich benennt nach dem Volke, dem ſie entſtammen, die aber über die Bevölkerung der von ihnen beherrſchten Gebiete ohne Rückſicht auf Abſtammung und Sprache in gleicher Weiſe und bald auch unter gleichen Vorausſetzungen des öffentlichen Rechts walten. Das Frankenreich der Karolinger iſt bunt zuſammengeſetzt aus romaniſchen und germaniſchen Volksteilen, die dem gemeinſamen Könige unter gleichen Bedingungen unterſtehen.

Das Auftreten der Germanen hat aber in anderer Weiſe zu einer durchgreifenden Änderung ſtaatlichen Lebens geführt. Ihrem Volkstum haben ſie nur einen recht beſcheidenen Teil des Römiſchen Reiches, das ſie zeitweiſe zur guten Hälfte unter ihre Herrſchaft gebracht hatten, zu gewinnen vermocht; ſie erlagen der erdrückenden Überzahl und den feineren Lebensformen der überwundenen Bevölkerung. Aber mit der unvergleichlichen politiſchen Begabung, die unſeren Vorfahren neben der kriegeriſchen innewohnte, haben ſie

ihre Auffassung von Staat, Recht und Gesellschaft an die Stelle der römischen gesetzt, sie, die „Barbaren", ihre Anschauungen an die Stelle derer des politisch höchst entwickelten Volkes und Staates der Alten Welt. Verfassung und Verwaltung, öffentliches Recht und öffentliche Pflichten, Kriegs- und Gerichtswesen, die herrschende ständische Gliederung wurden auf neue Grundlagen germanischen Ursprungs gestellt. Nur langsam, im Verlauf eines Jahrtausends und nicht einmal bei allen in Frage kommenden abendländischen Völkern, sind römische Auffassungen auf diesen Lebensgebieten wieder zu größerer oder geringerer Geltung gelangt, besonders unter dem Einfluß der auf römischem Grunde ruhenden Kirche. Man braucht nur auf diesen Gang der Entwicklung hinzuweisen, um zu belegen, wie völlig verfehlt, wie haltlos die Meinung derjenigen ist, die in den gegen das Römerreich andringenden Germanen nur rohe Naturvölker sehen wollen.

Die wichtigste Eigenart aber, die diesen aus Schutt und Ruinen einer überlebten Kultur neu emporsteigenden Bildungen vom germanischen Wesen her zuwuchs, war die gesteigerte Bedeutung der Persönlichkeit. Sie gelangte auch in den öffentlich-rechtlichen Verhältnissen zu durchschlagender, zu bestimmender Geltung. Der Staat war im Besitz seines Herrschers, das Verhältnis zum Staate ein persönliches zu seinem Oberhaupt; die Treue trat an die Stelle des Beamtengehorsams. Hier liegt der Ursprung des Lehnswesens, das in der Form der

Vaſallität, der perſönlichen Verpflichtung beiderſeits, das Mittelalter in ſeinen ſtaatlichen Bildungen zwar nicht überall in gleichem Umfange, aber doch ausnahmslos beherrſcht hat. Man kann es gegenüber dem römiſchen Prinzip in gewiſſem Sinne als einen Rückſchritt bezeichnen; man wird aber das Staatsleben des Jahrtauſends, das den Grund legte für Europas gegenwärtige Verhältniſſe, nicht verſtehen, wenn man es nicht in ſeiner vollen Bedeutung würdigt.

Denn es iſt, von verſchwindenden Ausnahmen abgeſehen, unleugbar, daß die Herrſcherfamilien die beſtehenden Staaten ſchufen, daß die Völker, die ſich heute in ihnen vertreten finden, nur an zweiter Stelle Einfluß auf die Entwicklung übten. Sie waren gleichſam der zu formende Stoff.

Daß die Sache ſo liegt, leuchtet ſofort ein, wenn man die deutſchen ſtaatlichen Bildungen ins Auge faßt. Öſterreich iſt das Reich der Habsburger, Preußen der Staat der Askanier und Hohenzollern. Für die Donaumonarchie hat ein ovidkundiger Humaniſt in dem bekannten Diſtichon das Witzwort „Tu, felix Austria, nube“ geprägt; aber auch bei der Ausgeſtaltung anderer Staaten haben Heiraten oder Erbverträge bedeutungsvoll mitgewirkt. Schon auf der Oberfläche geſchichtlichen Wiſſens liegen zahlreiche Fälle. Oft ſtanden die Untertanen, die ſo unter einer Herrſchaft zuſammengefaßt wurden, kaum in irgendwelchen Beziehungen

zu einander. Man braucht da gar nicht einmal zu fragen, was denn ſiebenbürgiſche Sachſen und Rumänen mit belgiſchen Vlamen und Wallonen oder mit Mailändern, Mantuanern und Neapolitanern zu tun hatten, die doch alle dem einen Karl VI. gehorchen ſollten, ſondern auch, was Memel mit Weſel unter der gemeinſamen Herrſchaft des Großen Kurfürſten verband oder Oſtfriesland mit Oberſchleſien, die beide durch Friedrich den Großen dem preußiſchen Staate eingefügt wurden. Allein und ausſchließlich die Perſon des Herrſchers hielt ſo verſchiedenartige und ſo weit auseinanderliegende Beſitztümer zuſammen. Das war in der Mitte Europas im 18. Jahrhundert nicht anders als tauſend Jahre früher; ja, im Reiche Karls des Großen war das Verhältnis der Beherrſchten zum Herrſcher gleichmäßiger geſtaltet als in der Monarchie Karls V., Maria Thereſias oder Friedrichs II.

Daß es mit den kleineren deutſchen Staaten, mit Bayern, Sachſen, Württemberg, mit Baden, Heſſen, Mecklenburg, und wie ſie alle heißen, nicht anders liegt, bedarf kaum der Erwähnung. Auch ſie ſind allein und ausſchließlich Schöpfungen ihrer Fürſtenhäuſer. Wenn Wittelsbach und Wettin im Erfolg hinter Habsburg und Hohenzollern zurückblieben, ſo liegt das an geſchichtlichen Hergängen, die jeder Allgemeinbetrachtung ſpotten; zeitweiſe war der Wettkampf für ſie nicht ausſichtslos. Von einem bayriſchen oder ſächſiſchen, oder gar württembergiſchen oder badiſchen „Volke“, das

maßgebend mitgewirkt hätte, kann so wenig wie von einem österreichischen oder preußischen die Rede sein, das eine solche Aufgabe gelöst hätte, wenngleich man die These verfechten kann, daß von allen bestehenden deutschen Staaten der bayrische der Wittelsbacher derjenige ist, der am reinsten und geschlossensten eine bestimmte deutsche Volksart vertritt.

Aber ist es nicht etwas anderes mit unseren Nachbarn im Westen und Norden, den großen „nationalen" Staaten, die uns schon durch Jahrhunderte in fester Einheit gegenüber stehen? Sind auch sie Gebilde ihrer Dynastien?

Am nächsten liegt es ja, Deutschland mit Frankreich zu vergleichen. Wie oft wird nicht hingewiesen auf die größere Einheit und Einigkeit des Nachbarstaates und -Volkes? Und gewiß nicht ohne Grund! Aber wenn man sich die Frage vorlegt, ob dieser Vorzug von jeher vorhanden war, so kann die Antwort nur rundweg nein lauten. Beide Staaten sind hervorgegangen aus dem Zerfall des karolingischen Reiches. Ihre Abgrenzung hat nicht stattgefunden auf Grund der Verschiedenheit der Nationalitäten; nie ist die Grenze französischer und deutscher Sprache und Volksart Staatengrenze gewesen. Diese ist geworden, wie sie wurde, weil das das geographisch Natürliche war. Der karolingische Länderbesitz ließ sich vernünftiger durch eine Nord-Süd- als durch eine Ost-West-Linie teilen, obgleich auch das nicht

unversucht geblieben ist. So wohnte naturgemäß im Westreiche die Hauptmasse der Romanen, im Ostreiche die der Germanen zusammen. Doch ist jenes fast durch das ganze Mittelalter im Besitz des reichen, fast ganz germanischen Flandern geblieben, dieses nach dem Zerfall des Mittelreiches Herr ausgedehnter romanischer Gebietsteile geworden.

Jedem Schulkinde ist bekannt, daß das östliche, das Deutsche Reich durch Jahrhunderte eine unstreitige Überlegenheit bewies; unter seinen sächsischen, salischen und staufischen Herrschern erlebte es Glanzzeiten seiner Geschichte. Seine Könige wurden Römische Kaiser und Herren von Italien und Burgund. Nachbarkönige des Ostens und Nordens gingen bei ihnen zu Lehen. Mühsam behauptete sich in diesen Jahrhunderten die französische Krone gegen ihre Großen, von denen mehr als einer sie an Macht überragte. Ihre normannischen Vasallen machten sich zu Königen von England, ihre aquitanischen trieben italienische Politik; der Graf der Champagne trat dem deutschen König als Mitbewerber um Burgund entgegen, und Grafen von Flandern und Toulouse wurden Urheber und Führer von Kreuzzügen. Erst Philipp II. hat das Königtum zu einer überragenden Macht in Frankreich emporgehoben, als „Mehrer" des Reiches den Beinamen Augustus angenommen. Als Zeitgenosse der deutschen Gegenkönige Philipp von Schwaben, Otto von Braunschweig, Friedrich II. und ihrer zerrüttenden Kämpfe konnte er,

zuerſt von allen franzöſiſchen Herrſchern, tiefgreifenden Einfluß im Nachbarreiche gewinnen. Frankreichs Einheit iſt zunächſt ſein Werk.

Sie hat ſich unter den Nachfolgern befeſtigt. Die Langlebigkeit der Dynaſtien und zahlreicher einzelner ihrer Angehörigen hat Frankreich vor Thronſtreitigkeiten, unter denen Deutſchland ſo ſehr gelitten hat, faſt vollſtändig bewahrt. So konnte der Einheitsgedanke im Volke Fuß faſſen und im Jahrhundert der engliſchen Kriege Bedeutung gewinnen für den Beſtand des Reiches. Die Jungfrau von Orleans iſt gleichſam ſein Symbol. Aber eben in dieſen Kriegen hatte die Krone doch unter den Großen noch mächtige Gegner. Ohne den glücklichen Kampf Ludwigs XI. gegen den burgundiſchen Vaſallen Karl den Kühnen iſt Frankreichs Einheit wiederum nicht denkbar. Das Nationalgefühl iſt in dieſen Kämpfen ein Träger des Reichsgedankens geworden und hat ſich als ſolcher in den Kriegen Franz' I. mit Karl V. und weiterhin bewährt, wenn auch bis in die Tage Ludwigs XIV. herab Sonder- und Machtgelüſte von Großen haben bekämpft werden müſſen. Ohne die Machtpolitik tatkräftiger Könige hätte das alle Kreiſe durchdringende Nationalitätsgefühl, auf dem Frankreichs Staatseinheit ſeitdem ſicher ruht, ſich nicht entwickeln können.

Und nicht weſentlich anders iſt der Gang der Dinge in Großbritannien geweſen, obgleich der Inſelſtaat in

ſeinen Anfängen vor den feſtländiſchen Reichen den Vorzug genoß, auf einem einzigen Volkstum, dem angelſächſiſchen, zu beruhen. Sein Landbeſitz war demgemäß erheblich kleiner und weſentlich leichter zu überſehen und zu lenken. Die Dynaſtie Wilhelms des Eroberers iſt es, die das Angelſachſentum ſeiner weltbeherrſchenden Stellung entgegengeführt hat, indem ſie England zur Vormacht der nordweſteuropäiſchen Inſelwelt erhob, Wales und Irland ihm völlig unterwarf. Unter einer Herrſchaft zuſammengefaßt, hat dann das britiſche Volk ſich weſentlich aus eigenem Antrieb und eigener Kraft zu dem unerſchütterlichen Einheitswillen durchgerungen, der es heute auszeichnet und die Stärke ſeines Staatsweſens ausmacht, der es auch befähigt hat, Irland gegen ſeinen Willen in dieſem Staatsweſen feſtzuhalten. Was aber dynaſtiſches Wollen ſelbſt in der engliſchen Geſchichte bedeutet, das belegen genügend die jahrhundertelangen Feſtlandskriege der Plantagenets. Das engliſche Nationalgefühl, das in ihnen erſtarkte, ſteht durch Shakeſpeares Königsdramen aller Welt vor Augen.

Man käme zu keinem anderen Ergebniſſe, wollte man die Entwicklung der übrigen nationalen Staaten Europas verfolgen. Die Umwandlung der dynaſtiſchen in eine nationale Einheit hat ſich hier früher, dort ſpäter vollzogen; ein Land aber, in dem das Herrſchergeſchlecht nicht weſentlich mit beteiligt geweſen wäre an der Herausbildung eines ſtaatlichen Volksganzen, gibt es, wenn

man von der Schweiz absieht, in Europa überhaupt nicht. Insbesondere sind die Niederlande kein solches Land, wie man aus ihrem Kampfe gegen Spanien vielleicht folgern möchte. Dieses Staatswesen hätte niemals zustande kommen können, wenn nicht die burgundischen Herzöge eine Reihe kleinerer dynastischer Bildungen unter ihrer Herrschaft zusammengefaßt, und vor allem wenn nicht Karl V. das Bistum Utrecht und das Herzogtum Geldern mit Gewalt an sich gebracht hätte. Seinem, übrigens durch kein Recht gestützten Vorgehen verdankt das gegenwärtige Königreich die Hälfte seines Besitzes, fünf Provinzen von elf und zwar gerade die Mitte, ohne die ein haltbares Staatswesen sich nicht hätte aufrichten lassen.

Im engsten Zusammenhang mit der maßgebenden Bedeutung, die den Dynastien bei der Ausbildung nationaler Staaten zukommt, steht der große innere Machtzuwachs, den die Herrscher inmitten dieser Entwicklung verzeichnen konnten. Sie faßten nicht nur die Kräfte der Nationen zusammen, indem sie ihre Besitzansprüche durchsetzten, sondern sie lösten diese Ansprüche auch mehr und mehr von der Mitwirkung der Stände, der Einschränkung durch sie. Der Ausgang des Mittelalters und der Beginn der Neuzeit bedeuten nicht nur das Zeitalter der Ausbildung dynastischer Nationalstaaten, sondern auch das des Aufkommens absoluter Fürstengewalt. Das Mittelalter selbst weiß von solcher nichts; die Machtbeschränkung, der das

Fürſtentum im Feudalſtaate des voraufgehenden Jahrtauſends ſich unterworfen ſah, war aber nicht vom geſamten Volk, ſondern von einer bevorzugten Klaſſe, teils geiſtlichen, teils weltlichen Standes, ausgeübt worden. Das Mittelalter kennt keinerlei allgemeinen Volksrechte. Sicher gründeten ſich die Vorrechte einzelner urſprünglich auf Leiſtungen; Goethe trifft im Fauſt das Richtige:

Die Heiligen ſind es und die Ritter;
Sie ſtehen jedem Ungewitter
Und nehmen Kirch' und Staat zum Lohn.

Aber der ſchreiende Mißbrauch, zu dem dieſe Vorzugsſtellung je länger, deſto mehr führte, hat den Fürſten die Stärkung der Krongewalt ganz erheblich erleichtert, hat andererſeits aber auch die Wandlung der ganzen Verhältniſſe herbeiführen helfen.

Sie begann mit der Franzöſiſchen Revolution. Daß in England (wie in Schweden) eine gewiſſe Mitwirkung breiterer Volksſchichten an der Staatsleitung durch den Lauf der Zeiten ununterbrochen erhalten blieb, und daß ſie nach dem ſiegreichen Kampfe mit Karl I. mehr und mehr beherrſchende Geltung gewann, iſt für die Entwicklung der europäiſchen Verhältniſſe unmittelbar nur von beſchränkter Bedeutung geworden. Das ſchnellere oder langſamere Hinübergleiten der Macht aus den Händen uneingeſchränkter Herrſcher in die von Volks-

vertretungen nimmt ſeinen Ausgangspunkt von der Umwälzung in Frankreich, die das Jahr 1789 markiert. Es hat noch in unſerer unmittelbaren Gegenwart in weiteren Staaten und Völkern Platz gegriffen, und niemand kann behaupten, daß es zum völligen Abſchluß gekommen ſei. Es hat das 19. Jahrhundert in Fragen des Verfaſſungslebens zum Jahrhundert des Konſtitutionalismus gemacht, in derſelben Weiſe wie die Zeit vom Dreißigjährigen Kriege bis zur Franzöſiſchen Revolution die Periode des voll entwickelten Abſolutismus darſtellt.

Das 19. Jahrhundert iſt aber nicht nur das Jahrhundert des Konſtitutionalismus, es iſt auch das des Nationalismus. Wie jener Gedanke das innere ſtaatliche Leben der Völker beherrſcht, ſo dieſer die Abgrenzung der Machtſphäre ihrer Staaten gegen einander. Die Franzoſen waren, als die große Bewegung ſie ergriff, das national beſtgeeinigte Volk des europäiſchen Feſtlandes. Es wohnt ihnen eine natürliche Begabung inne, ſich für große Ideen mit der Tat einzuſetzen. So waren ſie einſt im Zeitalter der chriſtlichen Erweckung des Abendlandes die Führer der Kreuzzugsbewegung geweſen und hatten „Gottes Taten durch die Franken" vollbracht. Zur Verbreitung des neuen politiſchen Gedankens aufzurufen, lag deren führenden Vertretern um ſo näher, als für ſie Erfolg nach außen mit der eigenen Machtſtellung eng verknüpft, faſt deren Bedingung war. So gewann die Propaganda der Revolution bald beherrſchende Macht über die Gemüter.

Die ſelbſtgefällige Eitelkeit der Nation ließ Zweifel kaum aufkommen, daß man ein heilbringendes, menſchheiterlöſendes Werk vollbringe, indem man den Nachbarn die Jakobinermütze aufſtülpte und ihnen Freiheitsbäume errichtete. Es ſchien dem rechten Franzoſen fraglos, daß dieſe Segnungen mit dem Anſchluß an ſeinen Staat, an ſein Volk zu bezahlen ſeien. So wurde ſchon die Republik Eroberer. Sie brachte unter Frankreichs mittelbare oder unmittelbare Herrſchaft ein Gebiet, das ſchon damals nahezu halb ſo viel Einwohner zählte wie Frankreich ſelbſt, heute erheblich mehr.

Ihr Erbe wurde Napoleon, der Eroberer von Beruf. Er hat Frankreichs Herrſchaftsgebiet ins Maßloſe, ins Unhaltbare geſteigert. Indem er durch rückſichtsloſe Erpreſſung militäriſcher und finanzieller Leiſtungen die Völker gegen ſich aufbrachte, ſtärkte er ihnen aber den nationalen Geiſt, an den er ſich gelegentlich anfeuernd wandte, wenn das ſeine Pläne fördern konnte, den er, ſelbſt gleichſam vaterlandslos, aber zu zertreten und zu vernichten bemüht war, ſobald er Gegnerſchaft zu wittern glaubte. So erhoben ſich die geknechteten Völker gegen den Gewaltigen und ſtürzten ſeine Herrlichkeit in den Staub. Frankreich ward zurückgeworfen in den Beſitzſtand von 1790; mit den Eroberungen des Kaiſertums gingen auch die der Republik wieder verloren.

Im Kampf gegen den Umſturz iſt die Legitimität zum Schlagwort geworden. Ihre Betätigungen haben

ſich bis zur Lächerlichkeit geſteigert; aber ihre Vertreter konnten doch nicht mehr ſo ſchrankenlos walten wie vordem. Zum Sturz des Übergewaltigen hatte vaterländiſcher Sinn der Völker entſcheidend mitgewirkt. Man konnte ſie nicht wieder hinabdrücken zu bloßem Regierungsſtoff. Sie forderten Mitwirkung am ſtaatlichen Leben; ſie, die Sieger, wollten nicht geringer geachtet ſein als die Beſiegten. Sie forderten dieſe Mitwirkung da, wo ſie ſchon ſtaatlich geeinigt waren, im Rahmen dieſer überlieferten Bildungen, da aber, wo ſie noch ohne ſtaatlichen Zuſammenhang lebten, den geeinigten nationalen Staat als Grundlage für die erſtrebte Freiheit, für die Übung verfaſſungsmäßiger Rechte. Am folgenreichſten wurden die beiden großen Völker der Mitte Europas, Deutſche und Italiener, von dieſem Wünſchen und Streben erfaßt. Für ſie iſt das 19. Jahrhundert die Zeit ihrer werdenden ſtaatlichen Einheit wie die des Beginns ihres verfaſſungsmäßigen Lebens.

Ihre Reiche ſind die Spätlinge unter den europäiſchen Mächten. Daß dieſe Tatſache aufs engſte mit ihrem mittelalterlichen Werdegang zuſammenhängt, weiß jeder, dem auch nur die Anfangsgründe geſchichtlicher Betrachtung geläufig ſind. Deutſchland und Italien waren Sitze und Stützen der beiden großen Zentralgewalten des Mittelalters, des Papſttums und des Kaiſertums. Beide haben ihren Urſprung von Rom genommen, dieſes durch jenes. Römiſche Staatsauffaſſung, ver-

treten durch die Kirche, hat ſie in das germaniſch gegliederte Staatenleben eingeführt und in ihm in jahrhundertelanger Entwicklung zu überragender Geltung gebracht. Dem Zuſammenſchluß Italiens zu einem Einheitsſtaat hat ſich das Papſttum unentwegt, vom Untergang der römiſchen Macht bis auf unſere Tage, widerſetzt. Da es die Halbinſel unter eigener Führung nicht zu einigen vermochte, wollte es keine andere dulden, konnte das auch nicht, wenn es Herr der abendländiſchen Chriſtenheit werden und bleiben wollte. Deutſchlands in den Tagen ſeiner kaiſerlichen Glanzzeit ausſichtsreich ſich geſtaltende ſtaatliche Einheit aber iſt in ihrer Entfaltung geknickt worden durch die Verbindung mit Rom, der das Reich doch die Kaiſerwürde verdankte. Der unausbleibliche Konflikt zwiſchen der höchſten weltlichen und der höchſten geiſtlichen Gewalt, zwiſchen imperium und sacerdotium, wie es das Mittelalter ausdrückte, hat dem deutſchen Fürſtentum, überhaupt jeder Form deutſcher Sondergeſtaltung, Stellung und Beſtand gegeben neben, ja über dem deutſchen Königtum.

Deutſchlands Loſe ſind dabei noch günſtiger gefallen als die Italiens. Da es doch durch Jahrhunderte ein Reich, ein mächtiges Reich, geweſen war, ſo haben ſich wenigſtens deſſen Formen durch den Lauf der Zeiten erhalten und durch ein Zuſammenwirken glücklicher Umſtände am Ausgange des Mittelalters auch wieder mit etwas lebendigerem Inhalt füllen können. Italien

wurde erſt im September 1870 zum erſtenmal im Lauf ſeiner Geſchichte ſeit dem Untergange des weſtrömiſchen Reiches wieder ein Einheitsſtaat. Im Zuſammenhange mit dieſem Werdegange hat Deutſchland auch den Vorzug genoſſen, nicht in dem Maße die Fremden als Herren ſeines Bodens zu ſehen, wie es Italien durch Normannen, Deutſche und Anjous, durch Spanier, Habsburger und Bourbonen hat erdulden müſſen.

Indem aber dieſe beiden Völker der europäiſchen Mitte ſtaatlich zerſplittert blieben, während rundherum die Nationen ſich unter ihren Dynaſtien zu Reichen zuſammenſchloſſen, nahmen ſie doch teil an all dem Wechſel der inneren Verhältniſſe, der ſich in der abendländiſchen Kulturgemeinſchaft vollzog. Ständiſche Gliederung und ſtändiſche Rechte, beſchränkteſtes und dann wieder abſolutes Fürſtentum, all die Wandlungen auf dem Gebiete der Rechtspflege, der Finanzen, des Kriegsweſens, wie ſie ſich im übrigen Europa ausgeſtalteten, haben auch in den deutſchen und italieniſchen Territorialſtaaten, jedenfalls in den größeren und mittleren, Platz gegriffen. Einzelnes, wie z. B. der aufgeklärte Deſpotismus, hat ſich nirgends ſo rein, ſo wirkungs- und bedeutungsvoll herausgebildet wie im Deutſchland des 18. Jahrhunderts. Jedermann weiß, daß wir ihm nicht wenig verdanken, beſonders auf dem Gebiete geiſtigen Lebens. Gerade der Zuſammenhang mit der allgemeinen europäiſchen Entwicklung, der z. B. im polniſchen Nachbarreiche fehlte, hat dann befähigt,

die leitenden Gedanken des 18. und 19. Jahrhunderts nicht nur aufzunehmen, sondern auch selbständig, den Verhältnissen entsprechend, auszugestalten. Das war die Aufgabe, die unser Volk zu lösen hatte, als das napoleonische Joch von ihm genommen war.

Die Männer von 1813, allen voran der Freiherr vom Stein, träumten von der Aufrichtung eines lebensfähigen deutschen Gesamtreichs. Sie mußten der harten Wirklichkeit weichen; der Gedanke konnte der Welt der Tatsachen nicht Herr werden. Viel zu wenig war im Volke selbst der Boden vorbereitet. Es war seit länger als einem halben Jahrtausend an Landes-, nicht an Reichsverhältnisse gewöhnt. Jene begleiteten sein tägliches Dasein; mit diesen kam der Deutsche auch in einem langen Leben kaum in persönliche Fühlung, wenn er nicht gerade seinen Wohnsitz in Regensburg oder Wetzlar hatte. Die napoleonische Zeit hatte eine Reihe von Mittel- und Kleinstaaten gestärkt, ihren Besitz an Umfang und besonders auch an Geschlossenheit der Lage gemehrt, die Würden und das Selbstgefühl ihrer Herrscher erhöht und durch den Anteil am napoleonischen Kriegsruhm auch ihrer Bevölkerung eine neue, nicht erfreuliche, aber tragfähige Grundlage der Selbsteinschätzung gegeben. Der Partikularismus war geradezu stärker geworden als vor den erschütternden Ereignissen, die das morsche Reich in Trümmer gelegt hatten. Man fühlte sich vielfach am Anfange einer neuen,

gesunderen Entwicklung. Dazu kam die Eifersucht Österreichs auf das aufsteigende, ruhmgekrönte Preußen und die allgemeine Abneigung der Großmächte gegen eine Stärkung der europäischen Mitte, des Tummelplatzes ihres Ehrgeizes und ihrer Herrschsucht. In dieser Auffassung waren England und der Zar einig mit Frankreich und den Bourbonen. So trat an die Stelle des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" der „Deutsche Bund".

Er hat ein volles halbes Jahrhundert das einzige Band gebildet, das sich um die Gesamtheit der deutschen Stämme schlang. Nur langsam, aber doch unaufhaltsam sind die Kräfte wirksam geworden, die es sprengten.

Da war vor allem der deutsche Gedanke. Für sein Aufkommen und sein Fortbestehen ist „das Reich", zunächst die mittelalterliche Kaiserherrlichkeit, von entscheidender Bedeutung gewesen. Die Unterschiede der deutschen Stämme in Sprache und Recht waren so groß und größer als die der skandinavischen Völker, die durch den ganzen Lauf der Zeiten staatlich gesondert geblieben sind. Die Ausbreitung deutscher Macht nach Italien und ihre Verknüpfung mit der römischen Kaiserwürde haben dem deutschen Volke seinen Gesamtnamen und seiner Vereinigung im Reichsgedanken den Ursprung gegeben. Der Rahmen, der ums Jahr 1000 die „Leute des Kaisers", die homines imperatoris, umschloß, ist in der ganzen Folgezeit nie

völlig zerfallen. Das Bild ſtaatlicher Einheit entſchwand den Blicken nicht vollſtändig, wenn die Formen, in denen es ſich darſtellte, auch ſchattenhaft genug waren.

Im Laufe der Jahrhunderte iſt dem Einheitsgedanken aber noch eine andere Grundlage erwachſen.

Von einer nach der Volksangehörigkeit deutlich abgegrenzten Geiſtesgemeinſchaft kann in der Zeit der allgemeinen lateiniſchen Schriftſprache nicht die Rede ſein. In Deutſchland hat ſich auch, als zur Zeit der Staufer an die Stelle der lateiniſchen heimiſche Schriftſprache trat, eine einheitliche Literatur in unſerem Sinne nicht entwickelt. Ober- und niederdeutſches Sprachgebiet blieben getrennt. Der Sieg des Hochdeutſchen in der Zeit des Überganges vom Mittelalter zur Neuzeit wurde in ſeiner Wirkung beeinträchtigt durch die gleichzeitige Spaltung der Bekenntniſſe; von einem einheitlichen deutſchen Geiſtesleben kann auch für das 16. und 17. Jahrhundert nicht wohl die Rede ſein. Erſt das 18. Jahrhundert hat ein ſolches erſtehen ſehen. Aufklärung und Klaſſizismus ſind die erſten Geiſtesbewegungen geweſen, die nicht nur überall in unſerem Volke Platz gegriffen haben, ſondern auch an keinem ſeiner Teile ohne tiefere Wirkungen vorübergegangen ſind.

Es ſchien aber, als ſollte die wunderbare Geiſtesblüte, die ſich uns in den Namen unſerer Klaſſiker verkörpert, keine Bedeutung mehr gewinnen für unſer ſtaatliches Leben; denn dieſes hatte gleichzeitig ſeinen Tief-

ſtand erreicht. Unſere Geiſtesheroen ſtanden ihm fremd, gelegentlich auch ablehnend gegenüber. Anregungen, das einzelſtaatliche Daſein gegen ein geſamtdeutſches zu vertauſchen, ſind aus ihrem Kreiſe nicht hervorgegangen, obwohl ſie der Zeit nicht fehlten. So blieb ihr Auftreten zunächſt bedeutungslos für die Beantwortung unſerer wichtigſten Zukunftsfrage. Die unſterblichen Werke Leſſings und Herders, Goethes und Schillers, Kants und Beethovens haben nicht zu hindern vermocht, daß unſer Volk am Siegeswagen des korſiſchen Eroberers über die Schlachtfelder Europas geſchleift wurde. Daß aber dieſes geiſtesſtarke und geiſtesſtolze Volk ſolches über ſich ergehen laſſen mußte, das hat ihm doch die Gefühle der Schmach und des Zornes verſchärft und geſteigert. Ohne Kant kein Fichte, ohne Schiller kein Körner! Die geiſtigen Führer der Befreiungskriege wurzeln im klaſſiſchen Boden, in der tiefen ſeeliſchen Erneuerung, die aus ihm emporſproß. Wir waren das „Volk der Dichter und Denker“ geworden, und wenn wir auch hoffen und wünſchen, nicht allein *das* zu ſein und zu bleiben, ſo wollen und können wir das Gut, das uns in den großen Tagen unſeres Geiſteslebens zuwuchs, doch nie mehr miſſen. Es iſt unzertrennlich mit unſerem Weſen verſchmolzen.

Nationaler Schwung, wenn auch noch ſo tief gegründet, hätte uns 1813 aber allein nicht retten können. Der geiſtige Zuſammenhang bedurfte organiſierter

Macht, um in vollem Umfange wirksam zu werden. Er fand sie im Preußischen Staate.

Jedermann kennt seine Eigenart, wie der Große Kurfürst, Friedrich Wilhelm I., Friedrich der Große sie begründet hatten. Zum deutschen Geistesleben stand sie nicht in besonders naher Beziehung, aber ihr Träger besaß die Fähigkeit, die schimpfliche, in der Geschichte kaum erhörte Niederlage von 1806 zu überdauern. Der Staatsgedanke und die Verkörperung kriegerischer Kraft, die Preußens Heer darstellte, standen unerschüttert, auch als das Herrschaftsgebiet des Königs auf die Hälfte zusammengeschnitten war. Sie waren stark genug, im festländischen Kampfe gegen Napoleon die Triebkraft zu bilden. Die Tatsache, daß bei der Säuberung deutschen Bodens von den Fremden dieser Staat im Vorkampf gestanden hatte, ließ sich aus unserer Geschichte nicht mehr hinwegdenken, mußte in ihr weiter wirken. Daß Österreich sich aus seinem alten Besitz am Oberrhein zurückzog, Preußen aber an Saar und Mosel als Grenzwacht gegen den gefährlichsten Nachbarn vorgeschoben wurde, legte die Hauptlast für Deutschlands Verteidigung dauernd auf die Schultern, die sie 1813 bis 1815 getragen hatten, stellte Deutschlands Zukunft auf Preußens innere und äußere Stärke.

Nach der Prüfungszeit der napoleonischen Tage mußte die errungene Geisteseinheit sich vor allem in vaterländischem Streben betätigen. Es war nicht allein

die Teutonenſtimmung, die in dieſe Richtung drängte, es war auch das in den Jahrzehnten der Not vertiefte religiöſe Bedürfnis, das in deutſcher Innigkeit Geſundung chriſtlichen Lebens ſuchte, es war die träumende Romantik, die ſich aus der trüben Gegenwart in die Schwärmerei für mittelalterliche Reichs- und Kirchenherrlichkeit flüchtete. Unvermeidlich floſſen ſie mit der klaren Einſicht nach der Unzulänglichkeit des Beſtehenden zuſammen in dem Verlangen nach feſterer ſtaatlicher Einheit. Die Rotbartſage war verſchollen, als Rückert ſie dichteriſch geſtaltete; nach einem Menſchenalter war der Kyffhäuſer der volkstümlichſte Berg im ganzen weiten Vaterlande. Die Sehnſucht nach einem großen und ſtarken, einem einigen und freien deutſchen Reiche ſenkte ſich in alle Seelen. Die Meinungen über Mittel und Wege gingen allerdings weit aus einander, und in der Not der Verfolgung, welche die beſtehenden Regierungen gegen den in ihren Augen ſtaatsgefährlichen deutſchen Gedanken ins Werk ſetzten, wurde manches Unreife verſucht. Auch ward gegenüber dem obrigkeitlichen Zwange die Notwendigkeit der Freiheit beſonders betont, auch wohl geplant und empfohlen, ſie mit Hilfe des Auslandes zu erringen. Aber die Grundſtimmung blieb doch die Forderung, der David Friedrich Strauß als Kandidat für das Frankfurter Parlament 1848 im Anklang an bibliſche Worte mit der Mahnung Ausdruck gab: „Trachtet am erſten nach der Einheit, ſo wird euch alles andere zufallen".

Die Bewegung dieſes Jahres hat das Ziel nicht zu erreichen vermocht. Sie ſcheiterte an der Unterſchätzung des hiſtoriſch Gewordenen. Viel feſter wurzelten doch die deutſchen Fürſtenhäuſer, insbeſondere die beiden führenden Dynaſtien, in der Geſinnung der Bevölkerung, als man in weiten Kreiſen nach Erfahrungen in romaniſchen Ländern zu glauben geneigt geweſen war. Vor allem zeigte ſich, daß die gewählte Vertretung des deutſchen Volkes ohne die Großmächte, insbeſondere ohne Preußen, auswärtige Politik überhaupt nicht zu treiben vermochte. Als Preußens König ſich weigerte, die Kaiſerkrone entgegenzunehmen aus Händen, die ſie nicht zu vergeben hätten, war die Ungangbarkeit des Weges erwieſen, den man einzuſchlagen verſuchte. Wohl hat die Erhebung von 1848 den Einzelſtaaten verfaſſungsmäßige Einrichtungen gebracht, ſoweit ſie ſolche noch nicht beſaßen, Deutſchlands Einheit hat ſie unmittelbar nicht gefördert.

Doch hat ſie die Sehnſucht danach verſtärkt und vertieft. Vor allem war der Gedanke, den im Frankfurter Parlament eine Mehrheit, allerdings nur eine knappe, vertreten hatte, daß die Einheit allein unter Preußens Führung möglich ſei, unausrottbar eingewurzelt. Es ſollten aber noch ſchwere, die Nation in ihren Grundfeſten erſchütternde Kämpfe notwendig ſein, ehe ſich fanden, die für einander beſtimmt waren, das deutſche Volk und der Preußiſche Staat. Der Mann, deſſen hundertjährigen Geburtstag wir am kommenden 1. April,

ſo Gott will ſiegesfroh, feiern werden, war nicht weniger durchdrungen von der Notwendigkeit eines einigen deutſchen Reiches als irgend einer der Männer, die im „tollen Jahre" ihre ganze Kraft für dieſen Preis eingeſetzt hatten; aber er erkannte klar, was außer ihm nur wenigen zum Bewußtſein kam, daß die Frage eine europäiſche und nicht allein eine deutſche ſei, daß ſie demgemäß nicht gelöſt werden könne durch Volksverſammlungen, Preßartikel, Reden und Parlamentsbeſchlüſſe, ſondern allein durch Macht, durch „Blut und Eiſen", und daß Preußen mit ſeinen Verſuchen ſcheitern werde, wenn es für den unvermeidlichen Kampf nicht vorbereitet ſei. Von planmäßigen Rüſtungen, von Heeresverſtärkung ſchon in Friedenszeiten als unerläßlicher Vorbedingung für Kriegsleiſtungen wollte aber damals die ungeheure Mehrzahl des deutſchen Volkes nichts wiſſen. Sie ſchwärmte für Volksbewaffnung und Milizheer, huldigte der Anſchauung: „Soldaten im Frieden ſind Öfen im Sommer". Von perſönlicher allgemeiner Wehrpflicht wollte man im außerpreußiſchen Deutſchland nichts hören, ſah in ihr die „Verpreußung" in ſchlimmſter Geſtalt. Indem Bismarck ſich bereit erklärte, die Heeresreform auch gegenüber dem widerſtrebenden Landtag aufrecht zu erhalten, knüpfte er das Band, das ihn dauernd mit dem Fürſten vereinigte, der berufen war, die deutſche Kaiſerkrone zu tragen. Denn für König Wilhelm war das Erfordernis kriegeriſchen Könnens die Grund-

überzeugung seiner Ansichten über Politik, insbesondere in der deutschen Frage. Diese Überzeugung, und zunächst nichts anderes, war der Punkt, in dem die beiden Männer völlig zusammenstimmten. Sie haben den weiteren Weg zur deutschen Einheit dann gemeinsam gemacht, aber nicht ohne Stockungen und Hemmnisse in ihren gegenseitigen Beziehungen und bis zur Entscheidung von 1866 in fast ununterbrochenem, schärfstem Gegensatz zur herrschenden öffentlichen Meinung, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Preußen. Wie tief aber der Einheitsgedanke doch auch bei den der preußischen Leitung widerstrebenden Staatsmännern Wurzel gefaßt hatte, das bewiesen die Schutz- und Trutzverträge, welche die süddeutschen Staaten im engsten Zusammenhange mit den Friedensschlüssen, die ihre Niederlage besiegelten, 1866 mit dem siegreichen Gegner eingingen. Den deutschen Boden wollten alle verteidigen; an Rheinbundspolitik haben nur ganz Verbissene gedacht. Durch weise Mäßigung in den Friedensbedingungen hatte Bismarck den vollen Durchbruch des nationalen Gedankens erleichtert.

Er hat sich dann glänzend betätigt im Kriege mit Frankreich, der unvermeidlich war. Denn allzu sehr hatte sich das Nachbarvolk in den Gedanken eingelebt, daß es Anspruch habe auf ein schwaches, uneiniges Deutschland. Seit Richelieu hatte es die libertas Germaniae verteidigt, seit Napoleon die deutsche Trias: Österreich und Preußen im Gleichgewicht, der Rest unter

französischem Einfluß. In der leichtfertigsten Weise drängte die Opposition Napoleon III. zum Kriege, versagte ihm aber die Mittel, ihn genügend vorzubereiten. Bismarck erfüllte seine Pflicht gegen das Vaterland, als er dem Zusammenstoß, den der Gegner suchte, nicht aus dem Wege ging. Der Krieg ist die Staatskunst in Waffen, ihre ultima ratio. In unvergleichlicher Weise hat Bismarck diese Kunst geübt; er hat es meisterhaft verstanden, die diplomatische Lage zu schaffen, die dem Heer volle Einsetzung seiner Kraft für ein Ziel ermöglichte.

So erstand 1871 das Deutsche Reich. 1866 hatte die europäische Lage nicht gestattet, es aufzurichten. Deutschlands Sieg über Frankreich öffnete auch den Italienern die Tore von Rom. Die beiden letzten der führenden Kulturvölker Europas gelangten zu staatlicher Einigung.

Sicher ist der nationale Gedanke bei diesen Neubildungen leitend gewesen. Sie belegen zweifellos den engen Zusammenhang zwischen Volk und Staat. Doch erkennt schon der oberflächlichste Blick, daß von einer reinen Ausgestaltung nicht die Rede sein kann. Weder das deutsche noch das italienische Volk decken sich völlig mit ihrem Staat, und dem schon so lange geeinigten französischen Volke ist es auch nicht beschieden gewesen, alle Angehörigen in seinem Staatswesen zu sammeln. Nur vorübergehend hat es vermocht, die französischen Belgier sich anzuschließen, die

franzöſiſchen Schweizer niemals. Die dort beſtehenden Grenzen ſind rein geſchichtlich begründet, nicht durch das Nationalitätsprinzip. So ſind aus dem gleichen Grunde der ſchweizeriſche Kanton Teſſin, Südtirol, Trieſt, iſtriſche und dalmatiniſche Küſtenſtädte und Inſeln außerhalb des Königreichs Italien geblieben. Die deutſchen Öſterreicher und Schweizer, die Luxemburger und was ſonſt an Deutſchen zerſtreut im öſtlichen Europa wohnt, machen ein volles Fünftel unſeres Geſamtbeſtandes aus. Auch die Schweden und die Dänen haben anſehnliche Teile ihrer Völker auswärts, jene in Finland (einige auch in Eſtland), dieſe in Nordſchleswig wohnen. Nur Engländer und Ruſſen, Spanier und Portugieſen, Norweger und Niederländer erfreuen ſich der völligen Zugehörigkeit ihrer Volksangehörigen zum eigenen Staatsweſen, wobei man ſich in betreff der Niederländer aber vergegenwärtigen muß, daß die Abgrenzung ihres Staatsgebietes ſchlechterdings gar nichts zu tun hat mit dem Vorhandenſein einer beſonderen Nationalität. Denn dieſe hat ſich erſt in den letzten drei bis vier Jahrhunderten auf Grund geſchichtlicher Ereigniſſe herausgebildet. Wäre allein das Volkstum in Frage gekommen, ſo wäre ſie in dieſen Grenzen nie entſtanden, weder gegen Oſten, noch gegen Süden. Die „Niederländer" und mit ihnen die belgiſchen Vlamen wären auch heute noch „Niederdeutſche", wie ſie ihre Sprache bis vor zweihundert Jahren nannten bzw. noch nennen, und wäre niederdeutſche Art zu einem beſonderen

Staate gelangt, ſo hätte dieſer ſeine Grenzen eben ſo gut an der Elbe oder noch weiter oſtwärts finden mögen wie jetzt am Dollart, an Maas und Schelde. Auf dem Gebiet der Staatenbildung iſt eben die Geſchichte kaum minder mächtig, unter Umſtänden mächtiger als der Grundſatz der Nationalität.

Auch das nationaliſtiſche neueſte Jahrhundert hat ihre Kraft nicht zu brechen vermocht. Die ſtaatlichen Völkerkonglomerate, die uns als Schweiz und Öſterreich-Ungarn überliefert ſind, beſtehen unerſchüttert, können aus der europäiſchen Welt gar nicht hinweg gedacht werden. Ja, das Jahrhundert hat ſogar in Belgien einen neuen derartigen Staat geſchaffen. Seine Abgrenzung hat mit irgend welcher Völkerſcheidung nichts zu tun; ſie beruht allein und ausſchließlich auf dem Zerfall des burgundiſch-habsburgiſchen Beſitzes im 16. Jahrhundert, fürſtlichen Beſitztums, nicht etwa eines Volkes der Niederländer, denn ein ſolches gab es bis dahin nicht. In dieſen ſtaatlichen Gebilden gewinnt denn auch das Wort Volk ſeine ſchwankende Bedeutung. Wenn man von einem belgiſchen, von einem Schweizer Volke ſpricht, ſo denkt man nicht an ein ethnographiſches, ſondern an ein politiſches Ganzes. Übrigens redet man auch vom deutſchen Volke meiſt nur im Sinne deutſcher Reichsangehörigkeit. Die Wortverbindung öſterreichiſches oder zisleithaniſches Volk iſt ganz ungebräuchlich; man ſpricht von den Völkern der im Reichsrat vertretenen Länder oder einfach von Öſter-

reichern, allenfalls von Zisleithaniern. Man kann hier die Wörter Volk und Nation auch nicht mit einander vertauschen. Es gibt allenfalls eine belgische Nation, aber keine österreichische oder Schweizer, während man bei Italienern, Engländern, Franzosen, auch bei Deutschen die beiden Worte gleichbedeutend anwenden kann. So hat geschichtliches Werden hier Unterschiede geschaffen, die wohl gefühlt werden, sich begrifflich aber nicht fassen lassen.

Geschichte und Doktrin konnten und können sich aber nicht ohne Kampf auseinandersetzen. Auf diesem Kampf beruhen zu einem guten, ja zum größeren Teil die politischen Schwierigkeiten, mit denen Europa fortgesetzt zu ringen hat. Der Krieg, der zurzeit die Welt erschüttert, entnahm aus dem Gegensatz geschichtlichen Werdens und nationaler Ansprüche recht eigentlich seinen Ursprung.

Der Südosten und der Osten unseres Erdteils bilden auch insofern den Übergang zu asiatischen Verhältnissen, als sie eine klare Scheidung der Nationalitäten nicht kennen. Noch vor einem halben Jahrhundert gab es dort völkerrechtlich neben dem kleinen, auch erst seit einem Menschenalter selbständigen Griechenland nur drei Staaten, die habsburgische Monarchie, das türkische und das russische Reich. Auf ihrem Boden fand sich eine wahre Musterkarte der verschiedenartigsten Völker. Nur das russische Reich gründete sich auf eine

zahlreiche und geſchloſſen zuſammenwohnende Nationalität, die nach allen Himmelsgegenden große und kleine Völkerſchaften in immer ſich mehrender Zahl unterworfen hatte und fortgeſetzt unterwarf. Darunter befanden ſich mehrere, die früher ſelbſt einen Staat gebildet hatten, wie in Europa die Polen, andere, denen innerhalb des Geſamtreichs eine Art Selbſtändigkeit geblieben iſt bezw. war, wie, ebenfalls in unſerem Erdteil, die Finnen. Das finniſche Volk iſt vollſtändig unter ruſſiſche Herrſchaft geraten; vom ehemaligen Königreich Polen beſitzt Rußland nahezu 82 Prozent, Öſterreich faſt 11, Preußen (Deutſchland) nur $7^1/_8$. Die Türken beherrſchten ihr Reich in Europa nur als mehr oder weniger ſtarke Oberſchicht; auch in Aſien hatten und haben ſie nur in den Binnengebieten eine geſchloſſene Bevölkerung *ihres* Stammes. In der habsburgiſchen Monarchie galt das Deutſchtum als Kitt; in Wirklichkeit übte es Einfluß, abgeſehen von der Dynaſtie, nur durch Heerweſen und Beamtentum.

Es war natürlich, daß die nationale Strömung des Jahrhunderts am Beſtande dieſer Staaten rüttelte, zunächſt naturgemäß an dem der Türkei. Hier trat zu dem Gegenſatz des Volkstums der noch ſchärfere der Religion. Und Europa empfand mit ſeinen Glaubensgenoſſen. So vollzog ſich die Löſung der Balkanſtaaten vom türkiſchen Reiche vom griechiſchen Freiheitskampfe an bis in unſere Tage unter den Sympathien faſt der geſamten Chriſtenheit und meiſt mit entſcheidender

Beihilfe aus ihrer Mitte. Die europäiſchen Mächte haben, mit der einzigen Ausnahme des Beſitzes von Adrianopel, niemals zugelaſſen, daß die Türkei etwas zurück eroberte, was ſie ſchon verloren hatte, auch wenn ſie die Macht dazu beſaß. Eine unter ihnen erſtrebte grundſätzlich die Vernichtung der türkiſchen Macht, das Zarenreich. Es war der Vertreter byzantiniſchen Glaubens und fühlte ſich als Erbe byzantiniſchen Rechts. Es erſtrebte die Herrſchaft über Konſtantinopel zugleich auf Grund hiſtoriſcher Anſprüche und als erſehnte Ergänzung ſeiner Macht: Hinaus ans Mittelmeer. So wurde es der Unruhſtifter, wo immer es der Türkei Schwierigkeiten bereiten konnte; die Arbeit war leicht, denn es konnte überall Freiheit in Kirche und Staat auf ſeine Fahne ſchreiben.

Das Jahr 1912 brachte es dem Ziele ſehr nahe. Die unter ſeiner Leitung emporgewachſenen Balkanſtaaten erwieſen ſich ſtark genug, den Türken den weitaus größten Teil ihrer europäiſchen Beſitzungen auch ohne offene Unterſtützung ihres Gönners abzunehmen. Wenn der Sultan Adrianopel zurückgewinnen konnte, ſo verdankte er das nur der Tatſache, daß Rußland ſeinen Schützling Bulgarien nicht allzu gern dicht vor Konſtantinopel oder gar im Beſitz dieſer Stadt ſah. Die ſofort aufgerollte armeniſche Reformfrage bot den Ruſſen für das öſtliche Kleinaſien von Kaukaſien her die gleiche Handhabe wie bisher die mazedoniſche Reformfrage für den Hauptbeſitz der Türkei in Europa. Aber ein

ſchriller Mißklang ſtörte den Schluß des bis dahin harmoniſchen Konzerts. Die ſieg- und ruhmgekrönten Kampfgenoſſen gerieten unter einander in Streit.

Wir ſind über den Grund des Zerwürfniſſes völlig unterrichtet. Im Märzvertrag von 1912, der Bulgarien, Serbien und Montenegro gegen die Türkei zuſammenſchloß, hat Rußland die Verteilung der Beute feſtgeſetzt, die man der Türkei abzunehmen gedachte. Sie ſollte ganz überwiegend Bulgarien zufallen, ziemlich in dem Umfange, in dem Rußland ſich 1878 im Frieden von San Stefano Abtretungen von der Türkei ausbedungen hatte, um ſie dem neu entſtehenden Vaſallenſtaat zu überweiſen, was dann der Berliner Kongreß durchkreuzte. Für Serbien ſind im Märzvertrag von 1912 nur geringe Gebietserweiterungen an ſeiner Südweſtgrenze in Ausſicht genommen. Der Sinn iſt klar. Bulgarien ſollte erhalten, was es auf Grund der Verbreitung ſeiner Nationalität beanſpruchen durfte. Serbien hatte aus ſolchem Grunde auf der Balkanhalbinſel überhaupt nur wenig zu begehren; ſchon auf dem Gebiete, das es bis 1912 innegehabt hat, wohnen im Süden nicht ſo wenig Albaneſen. Seine nationale Zukunft lag auf dem Gebiete der Donaumonarchie, bei den ſtammesgleichen oder ſtammesähnlichen Bewohnern Bosniens, des Banats, Dalmatiens, weiterhin Kroatiens, ja bei den Slowenen in Steiermark und Kärnten, in Krain und dem Küſtenlande. Wenn der

Kampf gegen die Türkei Serbien unmittelbare Vorteile nur in geringem Umfange bringen ſollte, ſo iſt ſeine Teilnahme nur ſo zu erklären, daß ihm Entſchädigung in Öſterreich-Ungarn zugeſagt worden iſt. Erſt ſollte Serbien den Bulgaren zu ihrem alten Nationalſtaat verhelfen, dann Bulgarien den Serben. Die man zunächſt zu gemeinſamem Kampfe gegen die Pforte vereinigte, ſollten nach errungenem Erfolge gemeinſam gegen Öſterreich geführt werden und dann natürlich mit offener ruſſiſcher Unterſtützung. Der Weltkrieg, in dem wir jetzt ſtehen, iſt ruſſiſcherſeits ſeit Jahren planmäßig vorbereitet worden.

Der Gang des Balkankrieges hat dem Plan ein ſchweres Hindernis in den Weg gelegt. Die geographiſche Lage brachte es mit ſich, daß die Bulgaren gegen Adrianopel und Konſtantinopel, gegen den eigentlichen Sitz der türkiſchen Macht, zu operieren hatten; ſie gebrauchten dazu ihre ganze Kraft, ja noch ſerbiſche Hilfe. Inzwiſchen warfen Serben und Griechen die an Zahl geringen, auch minderwertigen türkiſchen Beſatzungstruppen aus Mazedonien hinaus, weigerten ſich aber nach erkämpftem Erfolge, das eroberte Land an Bulgarien, dem es zum weitaus größeren Teile zugedacht war, herauszugeben. Der Verſuch, ſie hinauszutreiben, mißlang, weil Rumänien eingriff und die Türken neuerdings gegen Bulgarien im Felde erſchienen. Erbitterter Haß unter den bisher Verbündeten war die Folge. Vergebens hat Rußland ſich dann die erdenk-

lichſte Mühe gegeben, Serben und Bulgaren wieder mit einander zu verſöhnen. Es hat aber den Gedanken, Serbien durch öſterreichiſch-ungariſche Beute zur Anerkennung der bulgariſchen Anſprüche zu bewegen, nicht aufgegeben, arbeitet fortgeſetzt mit größtem Eifer an ſeiner Verwirklichung. Ein Erfolg würde einigermaßen den Sieg des nationalen Staatenprinzips auf der Balkanhalbinſel bedeuten, einigermaßen, denn ſeine volle Durchführung iſt unmöglich. Viel zu ſehr ſind die Völkerſchaften dort in einander geſchoben, als daß ſie ſich ſäuberlich ſcheiden ließen. Es gibt dort keinen Staat und wird keinen geben, der nicht anſehnliche Teile fremder Bevölkerung innerhalb ſeiner Grenzen haben müßte. Die Jahrtauſende haben das ſo geſtaltet, und Jahrzehnte, ja Jahrhunderte werden es nicht beſeitigen können. „Der Balkan den Balkanvölkern" iſt eine ſinnloſe Phraſe, ſoweit ſie Löſung der inneren Schwierigkeiten bedeuten ſoll.

Ähnlich liegt es aber in den Landen, die Habsburgs Fürſten unter ihrem Scepter geſammelt haben. In dem einen der beiden Reiche, in die ſie ſich jetzt geordnet haben, beanſpruchen die Deutſchen die Führung, in dem anderen haben die Madjaren ſie in Händen. Mehr als die Hälfte der Bewohner der Geſamtmonarchie ſind aber ſlaviſchen Stammes; in ihrem ſüdöſtlichen Winkel überwiegen die Rumänen. Heftige nationale Kämpfe erſchweren das Leben beider Reichshälften.

Nationale Staatenbildung würde ſie beide auflöſen, um ſo ſicherer, als nach allen Seiten hin die vertretenen Völker Hauptmaſſen ihrer Stammesgenoſſen in angrenzenden Reichen haben. Eine reinliche Begrenzung nationaler Staaten iſt hier aber wohl noch weniger als auf der Balkanhalbinſel möglich.

Dieſe offenkundige Schwäche gegenüber einem, wie es ſcheint, zukunftsſicheren Prinzip hat den mächtigen ruſſiſchen Nachbar je länger deſto mehr in die Richtung planmäßigen Zertrümmerns der Donaumonarchie getrieben. Habsburgs Macht hat ſich wiederholt den türkenfeindlichen Beſtrebungen Rußlands in den Weg geſtellt, beſonders empfindlich im Krimkriege und nach dem Frieden von San Stefano. Sie kann ja Rußlands Herrſchaft auf dem Balkan nicht dulden, wenn ſie ſich nicht ſelbſt das Todesurteil ſprechen will. Als die Gedanken des Panſlavismus, die gerade vom öſterreichiſchen Slaventum ausgingen, auch im ruſſiſchen Volke immer breiteren und feſteren Boden gewannen, erſchien Öſterreich-Ungarn obendrein als das Haupthindernis der Vereinigung aller ſlaviſchen Völker unter Rußlands Leitung. Dazu kam die für Rußland ſehr unbequeme Tatſache, daß das einzige ihm durchaus feindlich gegenüberſtehende ſlaviſche Volk, das demgemäß auch den panſlaviſtiſchen Ideen ſo gut wie unzugänglich war, das polniſche, auf öſterreichiſchem Boden eine weitgehende Autonomie genoß und dadurch fortgeſetzt den eigenen polniſchen Beſitz beunruhigte. Daß

es in seinem galizischen Herrschaftsgebiet wieder die den Russen näher stehenden Ruthenen niederhielt und zur Gegenwehr reizte, schien das Vorschieben der Grenze bis an die Karpathen zu erleichtern. Der lärmende nationale Hader in der Doppelmonarchie mehrte die Hoffnung auf müheloſen Erfolg. So gewöhnte man sich in Moskau und an der Newa daran, den „kranken Mann an der Donau“ nicht höher einzuschätzen als den am Goldenen Horn.

Gleichwohl hat Rußland eher losschlagen müssen, als es gewünscht und erwartet hatte. Es hatte doch nicht damit gerechnet, daß Meuchelmord zu den herkömmlichen Mitteln serbischer Staatskunst gehört. Es sah sich gezwungen, für Mordbuben einzutreten, wollte es nicht die Früchte seiner Balkan- und Slavenpolitik in Frage stellen. Wenn es gern noch gewartet hätte, so war es nicht, weil es Österreich-Ungarns Widerstand fürchtete, sondern weil es wußte, daß hinter diesem Gegner das Deutsche Reich stand. Seine Geschicke hatten sich mit denen der habsburgischen Monarchie, der alten Vorkämpferin deutscher Macht, aufs engste verknüpft.

Das Erscheinen des Deutschen Reiches inmitten der europäischen Staatengemeinschaft war für diese von einschneidender Bedeutung. Die Mitte des Erdteils war sich selbst wiedergegeben, der Verfügung der großen Außenmächte entzogen. Hatte man es bisher mit einem

Staatsgebilde zu tun gehabt, deſſen innere Gegenſätze jede Geſamtwirkung hemmten, ſo mußte man jetzt mit einem einheitlichen und ſtarken Willen rechnen, der über die Ablehnung fremden Einfluſſes hinaus ſehr bald zu aktiver Betätigung kommen, in ſeinem Sinne in den Gang der Weltereigniſſe einzugreifen verſuchen würde.

So wurde der neue Genoſſe mit ſtarkem Mißtrauen empfangen.

Drei ſiegreiche Kriege hatten ihn emporgebracht; wertvollen Landgewinn hatte er aus ihnen davongetragen. Nicht ohne lebendige Erinnerung des ganzen deutſchen Volkes an die alte Kaiſerherrlichkeit hatte das Reichsoberhaupt ſeiner neuen Würde den alten Zaubernamen beigelegt. Würden die alten Machtanſprüche nicht wieder erhoben werden? Die Befürchtung iſt beſonders in den kleinen Nachbarſtaaten gehegt worden, die einſt Teile des „Reichs" geweſen waren. Eine mehr als 40jährige Politik peinlichſter Rechtlichkeit gegenüber dieſen Nachbarn hat ſie völlig zerſtreut. Für ſie ward die Selbſtändigkeit der Mitte des Erdteils in der Tat ein Moment der Beruhigung, wie es einſt der Freiherr vom Stein aufgefaßt hatte.

Anders mit den großen Mächten. Zähneknirſchend hatte Frankreich empfunden, daß es am Boden lag, überwunden von den geringgeſchätzten, ja verachteten Nachbarn. Das verlorene Land war zum großen Teil Raubgut, nicht einmal in ehrlichem Kriege gewonnen,

auch ganz überwiegend fremden Volkstums, ward aber nach französischer Denkweise längst als unveräußerliches Besitztum angesehen. Daß seine Bevölkerung sich in gewisser Beziehung in die französischen Verhältnisse hineingefunden hatte, gab dieser Vorstellung den Schein der Berechtigung. Revanchegedanke und die fieberhaft genährte Einbildung, befreien, erlösen zu müssen von fremdem Joch, verschmolzen zu dem unversöhnlichen Hasse, den nur das Gefühl ungenügenden Könnens in den Schranken widerwilliger Friedensgebarung gebannt hielt. Sie mußten fallen in dem Augenblicke, wo starke auswärtige Hilfe sicheren Erfolg zu verbürgen schien.

Er trat ein, als Rußland durch seinen Anschlag auf Österreich zum Gegner Deutschlands wurde.

Bismarck hat im Hinblick auf die beginnenden russisch-türkischen Verwicklungen (am 5. Dezember 1876) erklärt, daß Deutschlands Interesse an den orientalischen Dingen nicht die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert sei. Die Äußerung fiel in Anlaß einer Interpellation Virchows, die den Reichskanzler nötigte, sich über seine Haltung gegenüber Rußland und dem Orient auszusprechen. Sie war durchaus berechtigt in dem Augenblicke, da, und in dem Sinne, in dem sie gesprochen wurde. Aber noch nicht drei Jahre vergingen, da sah Bismarck sich veranlaßt, seinem Herrn zum Bündnis mit Österreich zu raten, um der beginnenden Entfremdung gegenüber Rußland zu be-

gegnen. Er hatte während des Krieges ruſſiſche Politik getrieben, mußte aber auf dem Berliner Kongreß als „ehrlicher Makler" auch den Forderungen Öſterreichs und Englands Rechnung tragen. Seitdem ſind die überlieferten guten Beziehungen zwiſchen Rußland und Preußen-Deutſchland zwar nicht raſch, auch nicht ohne Schwankungen, aber doch im Hauptergebnis ſchlechter und ſchlechter geworden und damit die gegenſeitige Annäherung unſerer beiden mächtigen Nachbarn im Weſten und Oſten enger und enger. Schon ſeit Jahren hat ſie die Geſtalt angenommen, daß ſicher war, die franzöſiſchen Flinten würden von ſelbſt losgehen, wenn Rußland mit Deutſchland in Krieg gerate. Und nichts berechtigte Deutſchland anzunehmen, daß dieſe Lage ſich beſſern würde, wenn es Öſterreich ſeinem von Rußland ihm zugedachten Schickſal überlaſſe. Es hätte dann an ſeiner Oſtgrenze Feinde gehabt von Memel bis Paſſau und wäre vom Adriatiſchen Meere durch gegneriſches Land abgeſchnitten geweſen.

Nun iſt aber zu dieſen Gegnern im Laufe der letzten Jahrzehnte, zunächſt verſteckt, dann offen noch England hinzu getreten.

Nicht oft iſt ein ſinnloſeres Wort geſprochen worden als das oft wiederholte: „Blut iſt dicker als Waſſer" in ſeiner bekannten Anwendung. Die unmittelbare Gegenwart ſetzt die ganze Wertloſigkeit der in dieſem Satze zum Ausdruck gebrachten Anſchauung in hellſtes

Licht; die geſchichtlichen Erfahrungen ſprechen ihr Hohn. So wenig die europäiſchen Staaten ſich jemals nach den Bekenntniſſen politiſch gruppiert haben, ſo wenig haben ſie es raſſen- oder abſtammungsweiſe getan. Sie werden es auch nie tun. Panſlavismus, Pangermanismus, Panromanismus, auch die „Gelben" als Geſamtheit, die „Völker Gog und Magog", gehören der Vorſtellungswelt von politiſchen Ideologen an, die nicht gelernt haben, mit den tatſächlichen ſtaatlichen Geſtaltungen zu rechnen, oder die das überhaupt nicht wollen. Für die Entwicklung geiſtiger Kultur haben die Stammeszuſammenhänge eine unleugbare Bedeutung (die übrigens auch überſchätzt werden kann), in der Politik ſind entſcheidend wirkſam nur die Staatenbildungen; ethnographiſche Beziehungen ſind nebenſächlich, bisweilen ſehr nebenſächlich. So haben die Engländer niemals, ſo lange ihr Staat beſteht, ihre Verbündeten mit Rückſicht auf die Stammesverwandtſchaft geſucht. Ihre Geiſtesgeſchichte ſtand in mannigfachen und fruchtbaren Beziehungen zu der unſrigen; aber das war völlig gleichgültig für die Führung ihrer Politik. Wenn ſie niemals mit dem geſamten Deutſchland und ſelten mit deſſen einzelnen Teilen auf dem Kriegsfuß geſtanden haben, ſo erklärt ſich das allein und ausſchließlich dadurch, daß es kein aktionsfähiges deutſches Reich gab, als ſie emporkamen, und gegenüber den deutſchen Einzelſtaaten ihr Vorteil mit kurzen Unterbrechungen gemeinſchaftliches Handeln empfahl. Wenn wir in der Schule gelernt

haben, uns an dem Zuſammenwirken von Prinz Eugen und Marlborough oder von Blücher und Wellington zu freuen oder gar zu begeiſtern, ſo ſpricht daraus vor allem die unbefangene, durch keinerlei Tendenz verſchobene Geſchichtsauffaſſung, die uns zur anderen Natur geworden iſt. Wie anders der Engländer! Sein gefeierter Macauley, deſſen geiſtvollen und doch ſo durch und durch tendenziöſen, ſo ganz und gar unwiſſenſchaftlichen Darlegungen beſonders Deutſche ſo überreichlich Lob geſpendet haben, ſagt von der preußiſch-engliſchen Verbindung im Siebenjährigen Kriege: „Damit Friedrich der Große einen Nachbar berauben konnte, den zu verteidigen er verſprochen hatte, fochten ſchwarze Leute an der Küſte von Koromandel und rote ſkalpierten einander an den großen Seen von Nordamerika". Iſt eine ärgere Geſchichtsverdrehung möglich? Allerdings, wenn man will, kann man mildernde Umſtände geltend machen! Denn ihr Urheber ahnt offenbar nicht die grobe Entſtellung, die er vorträgt. Aus ihm ſpricht der doktrinäre, bornierte engliſche Parteimann — in dieſem Falle der Whig —, der von feſtländiſchen Dingen ſo wenig Ahnung hat, daß er ſeine Unwiſſenheit gar nicht erkennt, was allerdings nicht hindert, den Mund voll zu nehmen. Wie hat man ſich in England ins Fäuſtchen gelacht, als in Deutſchland das Niederwerfen des chineſiſchen Boxeraufſtandes als ein „Kampf der Völker Europas um ihre heiligſten Güter", als eine Art Kreuzzug gegen

gelbe Barbaren, Heiden und Ungläubige aufgefaßt wurde! England hat den Mitbewerber, der ihm zunächst gefährlich erschien, stets mit allen und jeden Mitteln bekämpft, deren es habhaft werden konnte. Was es jetzt tut, indem es Gelbe, Braune, Schwarze gegen uns ins Feld führt, auf dem weiten Erdenrund Soldaten kauft, wo es sie finden mag, hat es in ähnlichen Lagen immer getan. Gefährlich ist ihm aber jeder erschienen, der möglicherweise seine See- und Handelsherrschaft zu beeinträchtigen vermochte, gleichviel ob er germanischen oder romanischen oder slavischen oder irgend eines anderen Ursprungs war. Hat nicht England das ihm so nahe verwandte Dänenvolk mitten im Frieden brutal überfallen? Der Glaube, daß England unserem Reiche seinen Platz an der Sonne gönnen werde, ist wohl für alle Zeiten zerstört. Die Angehörigen des Inselvolkes, die mitgearbeitet haben an dem Versuch einer „Versöhnung", mögen es persönlich ehrlich gemeint haben; sie sind machtlos gegenüber dem Geist, den Jahrhunderte glänzender Erfolge in ihren Landsleuten groß gezogen haben. Deutscherseits in politischen Fragen England gegenüber von „Vetternschaft" zu reden, ist lächerlich, leider nur eins unter den nicht wenigen Zeichen, daß politische Urteilsfähigkeit im Volke Bismarcks bei hoch und nieder vielfach noch in trauriger Weise unentwickelt ist. Möchte dieser Krieg das bessern!

Die aus der „Heiligen Allianz" und ihrer Gegnerschaft geborene Anschauung, als könnten sich die Staaten

gruppieren nach ihrer Regierungsweiſe, etwa in konſervativ-autokratiſche und liberal-demokratiſche, iſt natürlich ein ebenſo deutlicher Beleg, daß politiſches Urteil noch in den Kinderſchuhen ſteckt. Wenn ſie beſonders von England her gefördert worden iſt, ſo geſchah das aus keinem anderen Grunde, als weil das den Intereſſen des Landes entſprach. Die Gegenwart offenbart das auch dem Kurzſichtigſten. Das freiheitliche England und die franzöſiſche Republik im Bunde mit Zarentum und Banditenſtaat! Wer bei uns heute noch konſervative Intereſſen durch Zuſammengehen mit Rußland zu fördern ſucht, verſchließt ſich der Logik der Tatſachen.

War aber der Zuſammenſtoß nicht doch zu vermeiden? Es gibt darauf nur eine Antwort: Nein.

Deutſchland hat ehrliche Friedenspolitik getrieben. Es hat nie auch nur daran gedacht, ſeine Grenzen in Europa irgend wie zu erweitern, obgleich es die Macht dazu wohl gehabt, auch Gelegenheit ſich hätte finden laſſen. Wer ihm ſolche Abſichten unterſchiebt, wie es Franzoſen, Ruſſen, Engländer und ihre Lohnſchreiber allerdings eifrigſt tun, verleumdet. Aber unſer neubegründetes Reich kann ſeine Bevölkerung nicht hindern, zu wachſen und zu arbeiten. Die deutſche Einheit hat auch unſerem wirtſchaftlichen Leben einen mächtigen Aufſchwung gegeben. Es braucht Geltung und Sicherheit auf dem Weltmarkt in Bezug wie in Lieferung, kann ohne das ſchlechterdings nicht beſtehen. Als das

Reich erstand, gab es auf der Erde noch weite Gebiete, die, um den englischen Ausdruck zu gebrauchen, „niemandes Land" waren. Sie sind heute verschwunden. Fragt man, wer sie genommen hat, so muß die Antwort lauten: „In erster Linie England, nach ihm in weitem Abstande Rußland und Frankreich und ziemlich am Schluß, fast noch hinter Belgien, das Deutsche Reich". Als Deutschland vor gut 30 Jahren die ersten Schritte tat, Kolonien zu gewinnen, stieß es überall auf Englands Widerstand. Einer der führenden Männer im britischen Kolonialamt erklärte vor aller Welt: „Ob ein Land gut oder schlecht ist, ist gleichgültig; das mag die Zukunft entscheiden. Wir müssen Besitz ergreifen, damit nicht andere es nehmen".

Unsere Staatsleitung hat sich nach Bismarcks Entlassung wiederholt der Vorstellung hingegeben, mit Englands Zustimmung Kolonien erwerben zu können. Portugals Besitz in dieser oder jener Form zwischen den beiden Mächten aufzuteilen, ist ja ein Lieblingsgedanke gewesen, dem man bis auf die allerjüngste Vergangenheit bei uns nachgegangen ist. Heute erkennt man wohl auch hierorts, wie England und Portugal zu einander stehen, übrigens seit mehr als 200 Jahren gestanden haben. Kaum je hat man im Lauf der Geschichte Staatsmänner so ködern und täuschen können, wie es den unsrigen im Vertrage und in den folgenden Verhandlungen über Portugals Kolonien widerfahren ist. Sie haben den schlauen Briten voll ausgenutzte Gelegenheit ge-

geben, Deutſchlands Begehrlichkeit bei mehr als einem Kabinette in das erwünſchte Licht zu ſetzen. Wir können uns gar nicht einmal ſo ſehr beklagen, daß jetzt auch Portugal daran denkt, gegen uns vom Leder zu ziehen; wir haben ja ganz ernſtlich daran gedacht, es ſeines ihm nach den Vorſtellungen unſerer Staatsmänner läſtigen Kolonialbeſitzes zu entledigen. Als Deutſchland gegenüber der endgültigen Beſitzergreifung Marokkos durch die Franzoſen — allerdings ungeſchickt genug — Anſprüche anmeldete, hat uns Sir Edward Grey teilnehmend belehrt, daß unſer Reich zu ſpät zur Welt gekommen ſei. Man kann ihm nicht widerſprechen; er traf mit dieſen Worten den Kern. Aber er hat ſich doch der Befürchtung nicht erwehren können, daß wir verſuchen, auch vielleicht die Macht haben möchten, den Mangel unſerer Geſchichte noch wieder auszugleichen. Uns den Gedanken daran für alle Zeiten auszutreiben, iſt das Ziel des Krieges, zu dem England ſich ſo ohne jeden unmittelbaren Grund — denn der Bruch der belgiſchen Neutralität iſt frivoler Vorwand — mit unſeren beiden Feſtlandsgegnern vereinigt hat.

So haben wir die Feuerprobe zu beſtehen. Denn es handelt ſich ſchlechthin um den Beſtand unſeres Reiches. Es zu vernichten, es auszutilgen aus der Reihe der in den Dingen dieſer Welt mitredenden Mächte, das iſt der Zweck, der erreicht werden ſoll, indem man buchſtäblich die größere Hälfte der lebenden Menſchheit

gegen uns und das mit uns verbündete Öſterreich-Ungarn ins Feld führt. Es wird uns Deutſchen nicht leicht gemacht, uns durchzuſetzen. Was Friedrich der Große in ſiebenjährigem Ringen durchzukämpfen hatte, wiederholt ſich für uns.

Der Ausgang ſteht bei Gott. Aber ſchon jetzt haben wir eine Gewißheit, die uns mit heller Freude, mit froher Hoffnung und auch mit berechtigtem Stolze erfüllt. Wir ſind einig! Hinweg mit dem unſinnigen Gerede von angeborener, unvermeidlicher deutſcher Uneinigkeit! Wer gelernt hat, geſchichtlich zu denken, der weiß, daß ſtaatliche Einheit, auch wo ſie ſich auf völkiſcher Gleichheit oder Ähnlichkeit aufbauen kann, ein Entwicklungsergebnis iſt. Wir ſind ſpät, aber wir ſind zu ihr gelangt. Unſere Feinde gaukeln ſich vor, daß ſie nur zu kommen brauchen, um den glimmenden Hader bei uns zu lodernden Flammen zu entfachen, die Glieder des Reiches, die Bekenntniſſe, die Klaſſen und Stände gegen einander in Harniſch zu bringen. Vielleicht belehren die Schläge, die Süd- und Norddeutſche, Katholiken und Proteſtanten, Sozialdemokraten und Konſervative ihnen gleich wuchtig austeilen, ſie eines anderen. Wenn nicht, mögen ſie bei ihrem Wahne bleiben! Wir ſind unſerer Einheit ſicher. Der Reichsgedanke hat Wurzel geſchlagen. Wenn wir die Feier von Bismarcks hundertjährigem Geburtstag, ſo Gott will ſiegreich, begehen, werden wir verkünden können: „Sein Werk hatte Beſtand. Es war daſeinsfähig, was er ſchuf. Es läßt

erfreulich Raum für Einzelbetätigung und ſchließt doch zuſammen mit unauflöslichen Banden". Es weiß jetzt jeder von uns, daß er mit dieſem Reiche auf Gedeih' und Verderben verſchmolzen iſt. Auch das Reichsland hat dieſe Erkenntnis erfaßt.

So hat unſer deutſches Volk per tot discrimina rerum einen Staat gewonnen, feſt und ſtolz wie nur einen in Europa. Er umfaßt nicht alle Deutſchen; aber wir begehren nicht, ihn weiter auszudehnen. Wir freuen uns, daß unſere ſchweizeriſchen Brüder an unſerem Geiſtesleben gebend und empfangend teilnehmen, und gönnen ihnen von Herzen die ſtaatlichen Einrichtungen, die ſie ſich in tapferer Hingabe geſchaffen haben. Wir wünſchen aus dem öſterreichiſchen oder gar aus dem ungariſchen Staatsweſen keine Deutſchen zu uns herüber zu ziehen; wir ſind zufrieden, wenn unſere Stammesangehörigen da drüben uns eine Bürgſchaft bleiben, daß die Donaumonarchie ſich an unſeren Beſtand gebunden fühlt wie wir an den ihren. Wir müſſen aber nach der harten Prüfung, die uns auferlegt wird, und nach den ungeheuren Opfern, die wir bringen müſſen, ſie zu beſtehen, zu einer beſſeren Sicherung unſerer Lage kommen, als wir ſie bislang hatten. Wir können nicht mehr wie bisher in der Mitte des Erdteils ſtill und ergeben des Augenblicks harren, wo es unſeren Feinden ringsum angezeigt erſcheint, über uns herzufallen. Wir können es nicht verantworten, die Dinge ſo zu laſſen, daß jeder kom-

mende Krieg wieder für uns ein Kampf ums Daſein wird.

Die einzige Möglichkeit, dem vorzubeugen, iſt umfaſſende und haltbare Feſtigung unſerer Stellung in Mitteleuropa. Ob es erforderlich iſt, unſere Grenzen im Oſten oder im Weſten oder nach beiden Seiten hin auf Koſten unſerer Gegner erheblich hinaus zu ſchieben, iſt nicht die Hauptfrage. Es ſtehen dem ſchwere Bedenken entgegen, da es ſich ausſchließlich um den Anſchluß fremder Bevölkerung handeln würde, die in den Rahmen unſerer Reichsverfaſſung einzugewöhnen, kaum irgend welche Ausſicht vorhanden iſt. Nur bei äußerſter Not, wenn kein anderer Ausweg bliebe, dürfte man einen ſolchen Verſuch wagen. Aber unſere Machtſphäre müſſen wir unbedingt hinausſchieben, insbeſondere nach Oſten. Wir dürfen die ungeheure ruſſiſche Macht nicht mehr ſo unmittelbar auf uns drücken laſſen, auf Königsberg und Breslau und auf Berlin ſelber. Sie muß zurück hinter den Dnjepr. Politiſche Organiſationen müſſen im Zwiſchenlande geſchaffen werden, deren eigener Erhaltungstrieb ſie gegenüber ruſſiſcher Eroberungsluſt an uns kettet. Dann wird es möglich ſein, unter des vereinigten Deutſchlands und Öſterreich-Ungarns Führung vom Nordkap bis zum Mittelmeer eine mitteleuropäiſche Staatengemeinſchaft zu begründen, die jedem ihrer Teilnehmer Beſtand und Frieden ſichert. Daß es daran bisher fehlte, war die bedenklichſte Schwäche in Deutſchlands Weltſtellung.

Bei jedem Schritte, den es draußen tat, mußt es ängstlich an die Sicherheit des heimatlichen Bodens denken. Weder Rußland noch Frankreich brauchte sich durch solche Befürchtungen hemmen zu lassen und erst recht nicht England.

So gedeckt, werden wir auch gegenüber den „Vettern" jenseits der Nordsee den richtigen Ton anschlagen können, wenn nicht schon der gegenwärtige Krieg uns dazu die Möglichkeit gibt. Ohne die Vernichtung der englischen See- und Handelsherrschaft gibt es keinen sicheren Frieden, nicht für Deutschland und nicht für die Welt. Es ist nicht unser Begehr, an Englands Stelle zu treten, aber ohne eine führende Stellung unseres Volkes in der mitteleuropäischen Staatenwelt ist ein freier Wettbewerb ihrer Glieder um die allgemeinen Güter des Friedens und die Segnungen menschlicher Kultur nicht denkbar. Sie werden, wie die Geschichte gewaltet hat, niemals ihr staatliches Leben allein auf Grund des nationalen Gedankens gestalten können, aber eine feste und umsichtige Leitung kann den Erfordernissen der Gesamtheit gerecht werden, ohne die unveräußerlichen Rechte auf Erhaltung völkischer Eigenart zu kränken.

Das Deutsche Reich ist jung; aber seine Jugend hat Kraft. Die Tage der Prüfung haben es erwiesen. Einst hing Deutschlands Schicksal an Sinnesart und Tüchtigkeit seiner Fürsten; heute ist ein wesentlicher Teil der

Last hinüber geschoben auf die Schultern des Volkes. Nur wenn unser Volk bereit ist, sie zu tragen, kann das dem Vaterlande zum Segen gereichen. Es ist aber bereit. Deutschlands Fürsten haben sich in diesem Kampfe so einmütig und männlich erwiesen wie, abgesehen von 1870, noch nie in unserer Geschichte; von unserem Volke können wir freudig sagen, daß es die gleiche Willigkeit und Kraft zeigt. Es ist der erste Krieg, den wir unter der vollen Wirkung der allgemeinen Wehrpflicht führen. So vollzählig hat Deutschland noch nie in Waffen gestanden wie in diesem Kriege; auf des Kaisers Ruf hat es sich erhoben wie ein Mann. Mochte man manchmal zweifeln, ob es die erlangten staatlichen Rechte zu handhaben versteht; daß es bereit ist, die mit ihnen verknüpften Pflichten auch in ihren opferreichsten Anforderungen zu erfüllen, kann niemand mehr in Frage stellen. Bis zum letzten Mann hat es begriffen, daß der Staat vor allem Macht ist, und daß in ihm ohne volle Sicherung des äußeren Bestandes nichts gedeihen kann. Unser Volk will unseren Staat, diesen Staat. Für den Gang der Weltgeschichte aber bedeutet es den Anfang eines neuen Zeitalters, daß in der Mitte des noch immer führenden Erdteils bei seiner tatenreichsten Bewohnerschaft sich siegreich durchgerungen hat die feste Verschmelzung von Volk und Staat.

Kurt Wolff Verlag / Leipzig

In zwangloser Weise beginnen zu erscheinen:

Zehn deutsche Reden

Herausgegeben von Axel Ripke

Je 60 Pfennig

Neue Weltkultur von Karl Joël (Basel)
Staat und Volk von Dietrich Schäfer (Berlin)
Landwirtschaft und Volkskraft von Ernst Graf Reventlow
Das soziale Gewissen von Paul Harms (Berlin)
Wie ehrt ein Mann seine großen Männer von Hermann Oncken (Heidelberg)
Die lebendige Religion von Otto Baumgarten (Kiel)
Die Macht der Wissenschaft von Paul Hensel (Erlangen)
Industrie und Wohlstand von Dr. A. Weber
Volk und Kunst von Eugen Kühnemann (Breslau)
Der Geist unserer Zeit von Axel Ripke

Wie die einzelnen Reden bedürfen auch die Redner, unter denen sich mit die namhaftesten deutschen Hochschullehrer und Publizisten befinden, kaum noch einer besonderen buchhändlerischen Empfehlung. Nur auf das eine sei verwiesen, daß diese zehn deutschen Reden nicht etwa willkürlich gesammelt worden sind, sondern nach überlegtem Plane erscheinen. Wenn sie auch in dieser Stunde so zeitgemäß sind, wie es heute nur ein literarisches Unternehmen sein kann, so sind sie doch durchaus nicht für den Tag geschrieben, sondern wollen im Gegenteil über den Tag hinaus ein Wegweiser für unsere Zukunft werden. In ihrer Gesamtheit sollen sie dem deutschen Volke den politischen Katechismus geben und, losgelöst von allen Parteilichkeiten und Parteiprogrammen, in echt deutschen Worten den Geist unserer Zeit, unsere Pflichten und Aufgaben erläutern und erklären.